

# Mehr Meldungen von Tierquälerei

Tierschutzorganisationen und Bundesamt sind sich uneins über die Gründe der Zunahme



**Gesunkene Hemmschwelle.** Hunde werden oft unüberlegt angeschafft und bei erster Gelegenheit ausgesetzt. Foto Keystone

ROLAND DUCOMMUN

**Die Tierschutzorganisationen schlagen Alarm: Meldungen über Tierquälereien haben in letzter Zeit deutlich zugenommen. Das Bundesamt für Veterinärwesen vermutet hinter den Zahlen eine gestiegene Sensibilisierung der Bevölkerung.**

Die jüngste Auflistung der gemeldeten Tierschutzfälle des Schweizer Tierschutzes (STS) liest sich wie das Drehbuch für einen Horrorfilm: «Im Laufental werden sieben tote Welpen in einer Schachtel auf einem Feld gefunden»; «In Meltingen wurde ein Pony geschändet.» Oder: «Hundebesitzer in Kanton Zug geht 14 Tage in die Ferien und lässt fünf Hunde unbeaufsichtigt.» Neun Seiten umfasst die Liste der Meldungen, die der STS über die ersten drei Monate dieses Jahres zusammengestellt hat. «Tierquälereien haben zugenommen», sagt denn auch Hans-Ulrich Huber, Geschäftsführer des STS.

**ABNAHME IN DER LANDWIRTSCHAFT.** In die Schlagzeilen geraten waren Anfang Jahr gleich mehrere Bauern, die ihre Tiere unter miserablen Bedingungen hielten. Für den STS sind solche Fälle zwar «absolut inakzeptabel», aber nicht das eigentliche Problem. «Tierquälereien haben in der

Landwirtschaft seit den Neunzigerjahren deutlich abgenommen», sagt Huber und führt diese «mehrheitlich positive Entwicklung» auf die Verknüpfung von Direktzahlungen mit Kontrollen auf den Bauernhöfen zurück.

**KRITIK AN KANTONEN.** Beunruhigt ist der STS dagegen über die «deutliche Zunahme der Tierquälereien bei Heimtieren». Huber sieht diese Zunahme im Zusammenhang mit gesellschaftlichen Veränderungen: «Heimtiere werden mittlerweile wie andere Konsumgüter und daher häufig unüberlegt angeschafft», beklagt er, die Information über die anspruchsvolle Tierhaltung bleibe auf der Strecke. Zugleich gingen die Justizbehörden nicht in allen Kantonen gleich konsequent gegen Verstösse gegen das Tierschutzgesetz vor.

Die Kritik an die Adresse der kantonalen Behörden ist auch bei der Organisation Tier im Recht (TIR) zu hören. Die Stiftung, die sich um rechtliche Aspekte des Tierschutzes kümmert, führt eine Statistik über die gemeldeten Verstösse gegen das Tierschutzgesetz (Tierstraffälle-Datenbank). Obwohl die kantonalen Vollzugsbehörden verpflichtet sind, abgeschlossene Verfahren wegen Tierschutzverletzungen, die bei der Polizei angezeigt werden,

beim Bundesamt für Veterinärwesen (BVET) zu melden, würde diese Pflicht von den Kantonen «sehr unterschiedlich wahrgenommen», meint Gieri Bolliger, Geschäftsleiter der TIR.

In der Datenbank der TIR fällt tatsächlich auf, dass einige Kantone relativ viele Fälle melden, in anderen Kantonen sind dagegen kaum Meldungen vermerkt (siehe Kasten). «Mit der Grösse des Kantons allein sind die Unterschiede nicht zu erklären», sagt Bolliger. So meldeten das Tessin und die Kantone Uri, Wallis, Genf und Appenzell Innerhoden 2006 gar keine Fälle. «Es ist ungläubig, dass in diesen Kantonen keine Tierquälereien vorkommen.» Vielmehr mutmasst Gieri Bolliger, dass diese Kantone ihrer Meldepflicht nicht nachkamen.

**TIEFERE HEMMSCHWELLE.** Von 1982 bis Ende 2006 hatte TIR über 5100 Fälle von Tierschutzverletzungen registriert, allein 2006 waren gegen 600 Fälle hinzugekommen. Die Zahlen für das Jahr 2007 sind noch nicht verfügbar, dennoch vermutet Bolliger: «Im letzten Jahr dürfte sich die Zahl noch einmal erhöht haben.» Grund für seine Befürchtung: «Die Diskussion um Kampfhunde hat eine hunde-feindliche Stimmung geschaffen und da-

mit ist die Hemmschwelle, Hunde zu quälen, gesunken.»

**HÖHERE AUFMERKSAMKEIT.** Das BVET kann die Zunahme der Tierquälerei weder bestätigen noch dementieren, mahnt aber zur «Vorsicht mit diesen Zahlen». Marcel Falk, Pressesprecher im BVET, meint, dass vorab der Hundehaltung durch die Kampfhundediskussion mehr Aufmerksamkeit zugekommen sei. Ebenfalls zu mehr Meldungen beigetragen habe wohl die 2006 eingeführte Meldepflicht über Bissvorfälle und aggressives Verhalten von Hunden.

Dem Vorwurf, dass nicht alle Kantone in gleichem Masse ihrer Meldepflicht nachkämen, widerspricht Falk dagegen nicht. «Es ist richtig, dass nicht alle Kantone Verstösse gegen das Tierschutzgesetz in gleichem Masse melden.» Mit dem neuen Tierschutzgesetz und der Tierschutzverordnung, die beide noch in diesem Jahr in Kraft treten sollen, werde sich die Situation aber verbessern. «Wir werden die Information verstärken. Wer ein Heimtier möchte, muss sich vorab informieren, was das Tier braucht und ob man dies für das gesamte Leben des Tieres bieten kann. Auch soll künftig regelmässig überprüft werden, wie es um den Tierschutz tatsächlich bestellt ist», sagt Falk zuversichtlich.

## Importzölle sollen sinken

Mandatsentwurf für WTO-Verhandlungen

**Um bis zu 70 Prozent könnten die Importzölle bei Agrarprodukten reduziert werden. Diese Absicht des Bundesrates hat Radio DRS gestern publik gemacht.**

Die Schweizer Importzölle auf Agrarprodukte könnten um bis zu 70 Prozent sinken. Das sieht ein Mandatsentwurf für die WTO-Verhandlungen zur Landwirtschaft vor, die der Bundesrat Mitte März in die Konsultation geschickt hat.

Damals hatte der Bundesrat von «grossem Druck auf die Zölle» gesprochen. Dass er in der Doha-Runde aber zu derart weitgehenden Zugeständnissen bereit sein könnte, machte gestern die Sendung «Echo der Zeit» von Schweizer Radio DRS bekannt.

**SPIELRAUM NÖTIG.** Jacques Chavaz, Vizedirektor des Bundesamts für Landwirtschaft, bestätigte die Informationen. Bei einem Zollabbau von bis zu 70 Prozent auf Agrarprodukten handle es sich um den von der WTO-Verhandlungsleitung angepeilten Wert. Der Bundesrat brauche ein Mandat in diesem Umfang, um überhaupt am Verhandlungstisch sitzen zu können.

«Falls es zu Schlussverhandlungen im Rahmen einer Ministerkonferenz kommt, braucht er diesen Spielraum. Das heisst aber nicht, dass er eine Senkung der Zölle in diesem Rahmen auch tatsächlich akzeptiert», sagte Jacques Chavaz. Für die Schweiz und die Schweizer Volkswirtschaft müsse das Gesamtergebnis der WTO-Verhandlungen Sinn machen.

Eine derart weitgehende Senkung der Importzölle auf Agrarprodukten könnte den Schweizer Bauern aber noch weit stärker zusetzen als das geplante Agrar-Freihandelsabkommen mit der EU. «Es könnte tatsächlich ein sehr grosser Druck auf die Schweizer Landwirtschaft entstehen», bestätigte Chavaz.

**HEFTIGER WIDERSTAND.** Auch hatten sich die meisten EU-Länder vehement gegen einen Abbau der Agrarzölle ausgesprochen. In der Schweiz dürfte ein solcher Schritt ebenfalls auf scharfen Widerstand stossen. Gegenüber Radio DRS sprach Heidi Bravo vom Schweizerischen Bauernverband von einer «sehr grossen Katastrophe». SDA

ANZEIGE

Mietwagen: Preisbasis 1 Woche, Kat. Economy, alles inklusive. Preise gültig bis 30. Juni 2008. Vorbehaltlich Verfügbarkeit.

# 1:0 für Sie.

Reisen, bei denen Sie auf der Gewinnerseite sind:  
Auf [www.ebookers.ch](http://www.ebookers.ch), dem Schweizer Internet-Reisebüro,  
finden Sie die günstigsten Angebote für Mietwagen  
in den Städten der EURO 08.

Mietwagen pro Tag ab:

**Wien** ab CHF 47.-

**Basel** ab CHF 49.-

**Bern** ab CHF 49.-

**Genf** ab CHF 49.-

**Zürich** ab CHF 47.-

[www.ebookers.ch](http://www.ebookers.ch)

**TIEFPREIS  
GARANTIE**

**ebookers.ch**  
Das grosse Internet-Reisebüro